



MEMOS zu Veranstaltungen

WORK-LIFE BALANCE im Rahmen von WORKCARE SYNERGIES

Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung

Barbara Haas

- Teil A Fokusgruppendifkussion am 19.9.2011: „Was wünschen Sie sich von der Politik? Empfehlungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ Zeit: Mo, 19. September 2011, 14.15 bis ca. 16.00, Ort: Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien, Hauptgebäude (UZA 1), Seminarraum 1. Stock, Kern D; Moderation: Margarethe Engelhardt-Krajanek Ö1; Projektleitung: Barbara Haas, Transkript: Anita Gritsch
- Teil B: Lehrveranstaltungen „Work-Life Balance: Chancen und Risiken in der neuen Arbeitswelt“ Ort: diverse Hörsäle der Wirtschaftsuniversität Wien, Hauptgebäude (UZA 1) Leiterin: Barbara Haas am 19. Jänner, 4. Mai, 12. Mai, 16. November, 7. Dezember 2011

Teil A Fokusgruppendifkussion

Teilnehmende DiskutantInnen:

1. Hess-Knapp Helga (AK, Frauenabteilung, Problematik Vereinbarkeit)
2. Würzl Ursula (Firma Edenred)
3. Haidinger Bettina (FORBA, Expertise Haushaltsarbeit und Migration)
4. Mairhuber Ingrid (FORBA, Themen: Kinderbetreuung, Vereinbarkeit, Pflege)
5. Bachinger Almut (RK, Themen: Flexibilisierung von Arbeitszeiten & Arbeitsmärkten, illegalisierte Arbeitskräfte)
6. Dearing Helene (IHS, Projekt: Elternkarenzmodelle der EU, Männer in die Karenzzeit mit hineinnehmen, Nachteile am Arbeitsmarkt für Frauen reduzieren)
7. Meinhard-Schiebel Birgit (Grüne Seniorensprecherin, Präsidentin Interessensgemeinschaft Pflgender Angehörnder)
8. Kurzbauer Teresa (Volkshilfe)
9. Meichenitsch Katharina (Diakonie)
10. Wachter Karin (FH Campus; Fokus: Angehörige mit behinderten Kindern bzw. älteren Menschen)



11. Steiber Nadia (Work-Life-Balance, Kinderbetreuung, Erwerbsarbeit von Frauen)
12. Boschert Sigrid (Caritas, Psychosoziale Angehörigenberatung)
13. Schalek Kurt (Caritas, Betreuung & Pflege)
14. Österle August (WU Sozialpolitik, Pflege & Betreuung, international Vergleichende Projekte)
15. Boland-Skiera Doris (Deutschland – Pflegeversicherungsgesetz)

#### Thema – Kinderbetreuung

Frage: Vereinbarkeit; brauchen wir mehr Kinderbetreuungseinrichtungen? Vertrauen in die Kinderbetreuungsplätze? Maß an Autonomie, Arbeitsschutzbedingungen, flexible Arbeitszeiten? Verletzliche/betreuende Arbeitskräfte und deren Sicherheit am Arbeitsplatz? Geschlechterverhältnis bei Karenz, Wertewandel, öffentliche Diskussion, Bewusstsein?

Was sind Ihre Erfahrungen mit solchen Wünschen? Kommen Sie an die Politik, aus ihren Arbeitsbereichen?

Frage an die eigenen Mitarbeiterinnen: was brennt den Müttern unter den Nägeln? – Antworten darauf: Die freie Zeiteinteilung an erster Stelle, nicht verpflichtend um 8 Uhr im Büro sein zu müssen; dass die Kindergärten gut aufgestellt sind; das Problem beim Hortbeginn, dass eine Mutter mit einem 6-7jährigen Kind nachmittags nicht mehr arbeiten gehen kann weil die Hortbetreuung nicht ausreichend ist; Rabenmutter sein wenn man die Kinder zu lange in Betreuung hat; dass das Mittagessen im Hort gegeben werden könnte (Entlastung für die Mütter, Kinder essen gerne miteinander); die KB Gutscheine sind ein Tropfen auf den heißen Stein aber sind trotzdem ein wichtiger Beitrag

Fragen die in Beratungen gestellt werden: Arbeitsrechtliches, zu Elternteilzeit, Elternkarenz, Karenzteilung, Geldleistungen - KB Geld, Pflegefreistellung. Wünsche: vor allem eine Weiterentwicklung in Richtung einfachere Zuverdienstgrenzen. Probleme können schon beim Melden einer Schwangerschaft auftreten; oft auch beim Wiedereintritt nach der Karenz, sowohl auf Seiten des Arbeitgebers als auch aufgrund Probleme eine passende KB-Einrichtung zu finden.

Frage an die Runde: Sind KB-Einrichtungen in Österreich ausreichend? Allgemeines NEIN.

Erfahrung mit einem Rund-um-die-Uhr Kindergarten: nach einem Jahr war das Geld aus, allerdings war Bedarf da, obwohl es nicht die richtige Zielgruppe war (Beamtinnen). Es ist eine Frage des Zuganges. Aber es gibt durchaus Berufsgruppen



die Bedarf hätten, die zB nachts arbeiten – Krankenhäuser etwa (einige Spitäler haben Betreuungseinrichtungen).

Samstag vormittags wird Betreuung nachgefragt, Bedarf besteht vor allem im Handel.

(mehrere) Im gesamten Pflegebereich ist Bedarf da, besonders am Wochenende.

Man muss differenzieren, ob man auf Ebene von Bund, Land, Gemeinde oder Kommune ist – die Finanzierung hängt davon ab!

Es gibt bei uns keine Diskussion um eine Kultur, es geht immer darum diesen Bereich zu kommodifizieren und weiter auszudehnen, ohne ein Limit für Arbeitszeiten. Dänemark ist hier ein Protobeispiel, Dienstschluss ist um 17.30/18.00 und wird eingehalten, in Österreich ist es genau umgekehrt, wer keine Überstunden macht wird schief angeschaut, kümmert sich nicht um die Firma.

Frage: Warum ist es so schwierig, in Österreich eine flächendeckende, hochwertige Kinderbetreuung zu haben, und zwar wirklich bis 14 Uhr. Sind das wirklich nur finanzielle Argumente?

Wir werden von der Politik nicht als Wirtschaftszweig wahrgenommen. Es gibt entsprechende Studien dazu, es wird trotzdem aber nicht anerkannt als wirtschaftlicher Sektor. Wir kämpfen schon seit langem um ein weiteres Konjunkturpaket, es ist aber nicht möglich, ein Ausbau wird nicht angestrebt, die positiven Effekte die dadurch entstehen würden werden nicht gewürdigt.

Allgemein ist das Problem: wie sind soziale Leistungen messbar und nachweisbar? Sozialer Nutzen ist schwer messbar.

Das Wort „Rabenmutter“ gibt es nur im Deutschen, das ist sehr unterschwellig und sollte nicht unterschätzt werden, wie groß die Rolle davon in einer sehr tradierten Gesellschaft wie Österreich ist. Ist die Gesellschaft so weit, Flexibilität und Ganztagsbetreuung zu akzeptieren/dafür zu sorgen; wenn man ganztags arbeiten will auch eine qualitativ hochwertige Betreuung mit gutem Essen und Nachhilfe etc. zu haben.

Es gab bereits eine Entwicklung in der KB über die letzten 20 Jahre. Vor 15 Jahren gab es noch Studien die belegten dass es schlecht für die Entwicklung der Kinder ist wenn sie zu lange in Betreuung sind. Nichtsdestotrotz, Ö ist sehr weit hinten im EU-Vergleich, aus Befragungen geht hervor dass Ö sehr konservativ und traditionell eingestellt ist. Es müsste sehr viel auf verschiedenen Ebenen getan werden. Diese Fragen hängen sehr stark mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zusammen, und in den Köpfen der Leute auch der Politiker geistert noch die Einstellung herum dass es einfach das Beste ist für die Kinder wenn sie zu Hause von der Mutter



betreut werden. Man muss auf mehreren Ebenen ansetzen. Bei den Vätern spielt laut Studien die Geldeinbuße eine große Rolle: sie wollen vielfach bei den Kindern sein, das ist in der Praxis aber meist nicht machbar, die Paare sind sich da auch oft einig dass es zu viel Einkommensverlust wäre und die Karriere zu stark behindert würde. Man müsste auf der kulturellen Ebene was machen, auf der Ebene der Normen und Werte. Es gibt aber auch Maßnahmen die man setzen kann, und zwar im Bereich der sozialen Sicherheit: zB additive Kindererziehungszeiten – sie sind neutral, man bekommt diese Zeiten dazu wenn man Kinder betreut (max. 4 Jahre). So ähnliche Regelungen sind wünschenswert, die den Ausstieg nicht fördern aber das anerkennen, dass man in dieser Zeit viel Arbeit hat, dass eine Leistung generiert wird. Das könnte man auch für Arbeitslose einführen, aber v.a. für den Bereich der KB, für den Bereich Eltern TZ, den Pflegebereich. Es wäre für die vielen Frauen die das sowieso machen eine Verbesserung ihrer sozialen Absicherung und für die Väter vielleicht ein Anreiz das mehr zu übernehmen. Auch bei der Eltern-TZ wäre eine konkrete Idee ähnlich dem Weiterbildungsgeld eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung zu bekommen. Man muss sich überlegen: Wie viele Jahre will man so etwas subventionieren, um damit einen besseren Anspruch auf Arbeitslosenversicherung und Pensionsleistungen zu haben? Es gibt viele Möglichkeiten die noch nicht ausgeschöpft sind, auf verschiedenen Ebenen: Sachleistungen, Arbeitszeitliche Regelungen, finanzielle Förderung (nicht nur in Form von KB Geld, sondern auch in Form von Versicherungszeiten etc.).

Thema Transfer: es wird sehr viel an Geldleistung investiert (Pflegegeld und Kinderbeihilfe), das fördert das Ideal von einer 1:1 Betreuung/individueller Betreuung. Man sollte nicht nur auf die institutionelle KB schauen, sondern auch auf die 1:1 Betreuungen die sehr häufig sind, v.a. im ländlichen Bereich (Tagesmütter, Kindermädchen) – inwieweit steht eine bestimmte Ideologie dahinter?

Ein Aspekt fehlt: warum investieren wir so wenig? Mit der Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres hat sich ein neuer Aspekt dazugesellt: Bildung. Davor ging es um die Frage, wie organisiere ich die familiäre Sorge, jetzt geht es auch darum was die Institution für die Lebensperspektive der Kinder leistet – das muss sich letztlich auch finanziell auswirken und generell das Engagement in diesem Bereich verändern. Es geht darum, was die PädagogInnen machen, wie mit dieser Berufsgruppe umgegangen wird, wie solche Einrichtungen aussehen. Verfügbarkeit bedeutet nicht, dass der Kindergarten auch offen hat, und wenn er offen hat, bedeutet das nicht, dass das Kind dort gut aufgehoben ist angemessen betreut wird, Bildung erwerben kann.

Arbeitsbedingungen von den Kindergartenpädagoginnen bzw. Tagesmüttern etc. müssen mitdiskutiert werden. Es geht nicht nur darum das zu konsumieren, sondern auch darum, die Arbeitsbedingungen adäquat und gut zu gestalten.



Frage: Warum gibt es diese Widerstände, Vorurteile, Wertigkeiten was KB-Einrichtungen betrifft? Wem nützt das, an wen müssen wir unsere Wünsche adressieren?

Pflegegeld: Es ist einfach die billigste Variante, kurzfristig betrachtet, wenn weiterhin die Frauen gratis pflegen und betreuen – nur ist es nicht nachhaltig. Schon zu Zeiten von Johanna Dohnal wurde das so diskutiert, und die Entstehung von einem Schwarzmarkt prophezeit. Bei KB ist es ähnlich, und sehr kurzfristig gedacht billig.

Hinter diesem wirtschaftlichen Kostenargument stehen wohl die Wertvorstellungen: wenn in einer Gesellschaft eine Vorstellung vorherrscht, dass es ein Wirtschaftsgebiet ist, dass es einen Wert für sich hat, dann würde man politisch auch anders agieren. Anerkennung der Rolle der Familie und der Pflege/Betreuung als Wirtschaftsfaktor wäre wichtig.

Die Politik agiert oft so, dass Frauen eingesetzt werden je nachdem was der Arbeitsmarkt verlangt, was arbeitsmarktpolitisch gefragt ist. Österreich ist sehr tradiert, sei es Pflege, sei es Kindererziehung, die Vorstellung herrscht vor dass das billig ist. Wir bräuchten mehr Fachkräfte, aber so wie es momentan der Fall ist, ist es sehr kurz gedacht, letztendlich kommt es die Gesellschaft sehr teuer.

(Einwurf) Es wird nicht daran gedacht, welche Auswirkungen das auf andere Systeme hat.

Stadt-Land Frage: Am Land stellt sich oft die Frage nicht, die Frau bleibt zu Hause weil es sonst keine Möglichkeit für Pflege oder KB gibt; junge Familien sind flexibler und ziehen dann in die Stadt.

Umgekehrt wäre das wirtschaftliche Argument ja dass man schauen müsste dass es flächendeckend KB Einrichtungen gäbe, weil umso mehr Menschen nehmen am Arbeitsmarkt teil, und umso mehr kann konsumiert werden. Stadt-Land-Gefälle: wie wirkt sich das auf kleine Gemeinden aus, wenn junge Leute abwandern? Das ist unklug gedacht. Ein Anfang wäre, das Bundesgeld in die KB zu investieren; man muss schauen wo das Geld hinläuft: Mit Transferleistungen wird derzeit eher der Ausstieg finanziert, man könnte es aber besser investieren.

Wir stehen uns mit der Familien-Norm selbst im Weg. Rollenbilder und Identitäten von Frauen und Männern was die geschlechtliche Arbeitsteilung betrifft werden mit konstruiert. Männer stoßen auf Widerstand und Irritation wenn sie KB übernehmen wollen. Man sollte politische Maßnahmen finden, die Männer sollten seitens der Politik viel mehr gefördert werden, nicht nur was die Übernahme der Karenz betrifft, sondern auch allgemein viel mehr Familienarbeit zu übernehmen, damit könnten die Normvorstellungen aufgebrochen werden. Im EU-Vergleich zeigt sich, dass bei Vätern die individuelle Anspruch besonders wichtig ist (zB Schweden - nicht



übertragbare Monate) – das verändert bzw. stärkt die Verhandlungsposition von Vätern gegenüber Firmen und innerhalb eines Paares. Die Erwerbsunterbrechung sollte auch für Frauen möglichst wenig schmerzhaft für die langfristige Erwerbsbiographie gestaltet werden, das wäre gut machbar indem man es als Gesamtmodell begreift, als komplementäres Package von Elternkarenz und KB, und auch die Eltern-TZ sollte als Übergangsphase gesehen wird, anstatt große Brüche (zB 3 Jahre komplett weg sein) zu haben. Es gibt also einige Maßnahmen um diese Normen also aufzubrechen. TZ Anteil ist bei Frauen höher, müsste aber als Übergang betrachtet werden. Frauen gehen oft in komplette TZ über, es sollte aber eine Transitionsphase zurück in die Vollzeit sein, und außerdem muss TZ aufgewertet werden und darf nicht mit geringeren Löhnen und Arbeitsplatzunsicherheit verbunden sein.

Eine Werteveränderung ist zentral, aber schwer machbar. Der Wertewandel den es schon gibt bezieht sich auf eine gewisse soziale Schicht, zusätzlich gibt es die Zuwanderung. Die Frage ist, solange wir das nicht bewerkstelligen können, über die Finanzierung alleine wird es nicht gehen.

Unterschied Eltern TZ – TZ. TZ Arbeit sollte nur eine Phase im Erwerbsverlauf sein, die natürlich viel besser abgesichert werden muss. Zu den Normen: es braucht Anstöße. Beispiel Vaterschutzmonat: die Regelung der Bezahlung war tabu und konfus; der Informationsmangel ist erschreckend; weiters ist es ein Wahnsinn das KB Geld von der Karenz zu entkoppeln, das ist auch im internationalen Vergleich kaum erklärbar.

Die Zuverdienstgrenzen sind verwirrend, es treten Situationen auf in denen das KB Geld des Mannes mehr ausmacht als der Verdienst der Frau. Rückforderungen werde auftreten, wenn die Zuverdienstgrenzen nicht korrigiert werden, die Situation ist verfahren, die Systeme passen nicht zusammen.



## Thema – Pflege

(7 Empfehlungen des ÖBIG 2005 werden vorgelesen siehe Folder zu „Pfleger Angehörige“ auf Homepage WORK-LIFE Balance WU TEam [www.workcaresynergies.eu](http://www.workcaresynergies.eu))

Pflegebedingte Ausgaben sind steuerlich absetzbar, unter bestimmten Bedingungen, wenn die pflegenden Angehörigen selbst die finanzielle Unterstützung (Familienbeihilfe) erhalten.

Frage nach Care & Case Management – Eine umfassende Organisation der Betreuungssituation, Beratung der pflegenden Angehörigen fehlt momentan.

Das größte Problem ist, dass Leute überhaupt kommen und sagen, sie sind in der Situation. Die Formalitäten sind Stolperschritte. Allgemein läuft es derzeit so dass die zu Pflegenden entlassen werden und die Angehörigen dann schauen dass sie irgendwie zurechtkommen. Beratungseinrichtungen sind nicht das Mittel der Lösung, weil die Menschen nicht dorthin kommen. Umgekehrt zu hoffen dass die anderen Einrichtungen ihnen diese Beratung angedeihen lassen funktioniert auch nicht, es hängt vom Entlassungsmanagement im jeweiligen Spital ab wie verfahren wird. Pflege ist kein Altenthema! Sowohl die pflegenden Angehörigen sind in allen Generationen, begonnen bei den Kindern die keiner sieht, bis hin zur Altenpflege. Es stimmt nicht dass diese Angehörigen eh schon alt sind und zuhause bleiben und sich gegenseitig pflegen.

Das größte Problem ist, an die pflegenden Angehörigen heranzukommen. Sie gehen nicht in Selbsthilfegruppen weil sie keine Zeit haben und weil sie nicht wissen was sie dort machen sollen – sie kommen einmal mit einer konkreten Frage und dann nie wieder. Case & Care Management wunderbar, das ist das Sahnehäubchen obendrauf, aber es geht nicht bis hinunter und die Leute kommen nicht zu den Leistungen.

Case&Care Management ist je nach Bundesland unterschiedlich. In Wien ist der Fonds Soziales Wien mit Beratungsstellen, das gibt es in anderen Bundesländern nicht. Es ist sehr wichtig, dass es für den Schub an Informationen und mehr Anlaufstellen gibt wo die Leute hingehen können, dann kommen sie mit den Informationen besser zurecht. zB sie haben 5 Formblätter zu unterschreiben, die Angehörigen sind völlig überfordert, da sind Beratungszentren sehr wichtig

Natürlich soll es viele Beratungsstellen geben, die Frage ist nur: sind die so dass die Menschen die Möglichkeit haben dort hin zu kommen? Es braucht von vielen Seiten hier etwas, aber auf jeden Fall soll es flächendeckend so viel an Beratung geben wie nur irgendwie möglich.



Unser Wertesystem, das Wort Rabenmutter, es gibt auch das Wort Rabenkinder, die sich nicht um ihre Eltern kümmern, die konservative Einstellung dass die Mutter bis zum 6. Lebensjahr zu Hause bleiben soll bei den Kindern – genau das gibt es in der Pflege auch: es ist Frauenarbeit, und es ist selbstverständlich. Es ist nicht nur das Wertesystem, sondern die pflegenden Angehörigen haben das selbst verinnerlicht, sie haben tw. selbst ein schlechtes Gewissen wenn sie Pflege in Anspruch nehmen. Was es im Streetwork gibt, die aufsuchende Sozialarbeit, gibt es bei der Angehörigenarbeit nicht. Beratungszentren gibt es, das Problem ist aber dass es nur wenige Stellen gibt die psychosoziale Betreuung anbieten, um einmal mit der Hürde fertig zu werden „es ist in Ordnung wenn ich Hilfe annehme“. Welche Gruppe braucht was – die Gruppe der pflegenden Angehörigen ist sehr unterschiedlich. Und wWas braucht die Gruppe der pflegenden Angehörigen überhaupt dass sie Hilfe annehmen können? Das Bild dass die Pflege von den Angehörigen hat ist auch spannend: sie sehen die Angehörigen zu einem hohen Anteil als schwierig. Das Beziehungsdreieck zwischen Pflegeperson – professionelles Pflegepersonal – Angehörige ist oft sehr belastet, das liegt oft an den Angehörigen. Hier sind aber die einzigen von denen man professionelle Arbeit erwarten kann das Pflegepersonal. Leider gibt es hier einen Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Beispiel: Das Wiener Heimhilfegesetz schreibt, dass die Pflegehelferinnen das Bindeglied sind zwischen Pflegeperson und familiärem Umfeld – aber die Pflegehelferinnen haben aber null Ausbildung in der Angehörigenarbeit. (Berichtet aus eigener Erfahrung:;) Schon in der Zeit der Ausbildung sind die Pflegenden den Angehörigen gegenüber negativ eingestellt, schon bevor sie in den Beruf gehen. Das gesellschaftliche Bild spiegelt sich in den Ansichten der Pflegenden wider, wegen mangelnder psychosozialer Ausbildung. Mit höherem Ausbildungsniveau sind diese Vorurteile etwas geringer, aber auch vorhanden. Die Angehörigen kommen das erste Mal mit professionellen Gruppen beim Entlassungsmanagement vom Spital zusammen, dh die Leute dort müssen entsprechend ausgebildet sein um schon etwas abzufangen, vor allem vom psychosozialen Zugang her, dass es in Ordnung ist wenn die Angehörigen Hilfe annehmen. Das fehlt komplett, es wäre wichtig das in die Lehre mit hinein zu nehmen. In den NÖ Landespflegeheimen steht in sämtlichen Dienstpostenbeschreibungen Angehörigenarbeit mit drinnen, und es gehört sogar zu den Grundleistungen laut Gesetz, obwohl es niemand macht und niemand dafür geschult ist. Im psychosozialen Bereich ist die große Hemmschwelle überhaupt Hilfe anzunehmen, diesen Schritt müsste man einmal zurückgehen. Das gilt in der Altenpflege genauso wie in der Behindertenthematik, das ist unser gesellschaftliches Bild – aber wie ändern wir Normen und Werte?

Es gibt keine homogenen Gruppen, alles ist heterogen, und die Ausrichtung ist eher paternalistisch, der Fokus in der Ausbildung liegt auf den Patienten; ein Fokus auf mobile Betreuung und Pflege wäre wichtig in der Ausbildung. Alle Studien zeigen,



dass nur eine Minderheit Hilfeleistungen in Anspruch nimmt und dann auch meistens erst wenn es nicht mehr anders geht – in D gleich wie in Ö. Die meisten Angehörigen sehen sich nicht als die Zielgruppe, sehen den Hilfebedarf bei den Pflegebedürftigen und nicht bei sich. Das ist auch im Weg, dass es um sie gehen darf und soll. Die Hilfeanfragen kommen meist definiert über den kranken Menschen. Wenn man Respekt und Vertrauen aufgebaut hat kann man die Menschen erreichen. Man sollte es sehr locker angehen, kreativ und entspannt, und eine Vielfalt an Angeboten bieten - Diversität ist das Stichwort, auch in der Pflege, die Bedürfnisse sind auch sehr unterschiedlich. Die Träger und Fördermodelle sind momentan nicht flexibel genug. Niederschwellig, leistbar und flexibel sollte der Zugang sein. Ganz klar: die Professionellen müssen dazulernen, es ist zu paternalistisch wie man mit den Menschen umgeht, dass man ihnen sagt wie sie mit den zu Pflegenden umgehen sollen. Die Angehörigen sind erst mal Experten für die betreffende Person, das Pflegepersonal muss respektvoll auftreten, dazulernen, ergänzen und unterstützen. Das fängt natürlich in der Ausbildung an: Studien zeigen, dass die Lücken bei kommunikativen, beraterischen Dingen, Gesprächsführung, Zuhören, sozialrechtlicher und finanzieller Hilfe liegen. Fachkräfte sind als Heim- und Pflegehilfen gut ausgebildet, aber was darüber hinausgeht mangelt es, sie stehen schnell an. Die Vielfalt an Trägern macht die Situation nicht leichter, macht es nicht leichter sich um Unterstützung zu bemühen.

Thema Beratung, wann wo wie: Evaluation der Beratungsschecks zeigt, dass viele Menschen Beratung früher notwendig gehabt hätten, sich viele die Informationen auf mühevolem Weg selbst erarbeitet haben. Punkt an dem das ärztliche System Kontakt mit den Personen hat: PflegegeldEinstufung. Hier hat man in Ö einen sehr großen Kreis an Personen die man erreicht, aber leider ist der Bereich völlig isoliert vom Bereich Pflege und Betreuung. Das wäre ein frühzeitiger Ansatzpunkt, wo viele potenzielle familiäre Betreuerinnen erreicht werden könnten – wenn man es schafft, dort direkt Angebote anzuknüpfen und es über einen langen Weg selbstverständlicher macht, Hilfe anzunehmen wäre schon etwas getan.

Diplomierte Pflegekräfte leider erst ab Pflegestufe 4 – sie wären aber gerade am Anfang wichtiger. Eingeschränkte Alltagskompetenz könnten sie von ihrer Ausbildung her gerade besser beurteilen.

Es wäre insofern ein Vorteil, wenn Pflegekräfte auf der psychosozialen Ebene in der Angehörigenarbeit geschult wären, dann könnte man diesen Zugang auch schon nutzen.

Man bräuchte erst gute Assessment-Instrumente, pflegerelevante Einschätzungsinstrumente für den Einstufungsbedarf, die nicht nur auf medizinische Aspekte schauen.



Pflege vs. Betreuung – letztere ist oft auch schon belastend, wichtiger Unterschied.

24h Pflege funktioniert gut. Professionalisierung: einerseits aufgeblasene Bürokratie, andererseits die Frage: warum funktioniert das mit relativ unprofessionellen Mitteln gut? Beratung zu holen ist eine Frage von Einkommen und Bildung. Eine 24h Pflegerin ist nicht unbedingt eine professionelle Pflegerin, aber hat auch nicht den touch einer professionellen Pflegeperson, sondern sie wird als Familienmitglied konstruiert – mögliche Theorie um das Funktionieren dieses Modells zu erklären. Die Intervention von einer Person oder einem Apparat könnte hier schon ein Problem sein.

Wie kann man mit dem Thema gesellschaftlich umgehen? Wichtig ist, den Unterschied zwischen Betreuung und Pflege deutlicher zu machen, und damit auch für die Angehörigen leichter zu machen zu fragen: kann ich mir überhaupt zumuten professionell zu pflegen? Und auch gesellschaftlich, ist es der Anspruch, dass Angehörige professionell pflegen? Und worum geht es überhaupt, um familiäre Zuwendung, Zuneigung? Die Gesellschaftspolitische Frage ist, wie soll das in Zukunft organisiert werden? Die ‚Abnahme des informellen Pflegepotenzials‘ wurde oft erwähnt in den Medien. Die Devise lautet: enttabuisieren von Pflege. Frage der Vereinbarkeit bleibt im Hinterkopf: wie kann man sich überhaupt organisieren, wenn eine zu pflegende Person zu Hause ist, und man gleichzeitig berufstätig ist? Hier wird auch in erster Linie der Ausstieg gefördert, zB durch kostenlose Weiterversicherung. Man versucht nicht, Vereinbarkeit zu fördern sondern den Ausstieg zu unterstützen.

Man muss ein Thema kampagnisieren damit es ins öffentliche Bewusstsein kommt. Das Thema Pflege interessiert niemanden. Bis auf die pflegenden Kinder – ca. 20.000 in Ö, Kinder bis 20 Jahre die zu Hause pflegen und alles machen – das kam medial an. Pflegenden Menschen arbeiten um 4 Mrd. Euro pro Jahr. Die Pflegegeldeinstufung ist ein rein formaler Akt.

Pflegegeldeinstufung ist eine Momentaufnahme.

Frage: warum macht man nicht schon früher was? Case & Care Management – das wird oft als Paar genannt, es sind aber eigentlich 2 getrennte Bereiche, in Ö hat man kaum eine Ahnung davon was das eigentlich ist. Die Grundbedingungen sind nicht geklärt – worum soll es bei diesen Leistungen überhaupt gehen? Zustimmung zum Vorschlag, über Pflegegeldeinstufung zu gehen, das ist eine hervorragende Gelegenheit mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und nicht nur einen bürokratischen Akt durchzuführen sondern auch eine Art Beratungssituation herzustellen bzw. auf Beratungsmöglichkeiten zu verweisen. 24h-Betreuung (wie es offiziell heißt) hat den Vorteil, dass es ein all-in-one-service ist, eine Person kann sehr viel tun. Einerseits sind Betreuung und Pflege auseinander zu halten, andererseits sind Betreuung und Pflege eine Einheit, sind die Grenzen fließend. Es



ist schwierig, sie auseinander zu nehmen, und sie gehören letztlich zusammen und müssen gemeinsam diskutiert werden, auch im Bereich der haushaltsnahe Dienstleistungen: ein wesentlicher Punkt der Unterstützung von Pflegearrangements. Es geht auch um die Frage, wer macht den Haushalt. Wenn man sich Unterstützung zukaufft wird das oft als eine Art Komforteffekt gesehen, aber in dem Moment wo es vom Luxus zum Bedürfnis wird, verändert sich etwas. Es muss entschieden werden: wollen wir über öffentliche Finanzierung haushaltsnahe Dienstleistungen finanzieren? Und ab wann? Das sind wesentliche Fragen die noch unentschieden sind.

24-h Pflege: warum entscheiden sich die Leute dafür? Einen Pflegefall zu haben ist eine Krise, der Mensch braucht in einer Krise eine Beziehung, und das ist mit 24h-Kräften möglich, auch wenn sie nicht professionell ist. Die ambulante Betreuung heute ist keine Bezugsbetreuung, es kommt jedes Mal jemand anders, dh es kann in einer Lebenskrise keine Beziehung aufgebaut werden, weder von Angehörigen noch von zu Pflegenden. Darum werden vermutlich Pflegerinnen bevorzugt, auch wenn sie nicht so gut Deutsch sprechen, oder den pflegerischen Standard nicht bringen können – sie werden eine Art Familienmitglied; darum funktioniert dieses System wohl eher.

Es ist eine Vertrauenskrise da von informellen zu formellen Systemen, große Ängste, die Autonomie wird auch sehr oft zerschlagen. 24h-Pflege geht ohnehin nur in bestimmten Situationen, bei einem gewissen Einkommen etc., sie brauchen ein eigenes Zimmer. Qualitätssicherung und Kontrolle von allen Seiten ist wichtig.

Theoretisch müsste die Arbeit der Hausbetreuerinnen kontrolliert werden, aber das steht oft nur am Papier.

Bestimmte Tätigkeiten können von einem Arzt an die Pflegerinnen delegiert werden, für einen bestimmten Zeitrahmen, unter Kontrolle. Damit sollte man aber vorsichtig umgehen.

Es gibt zwar ein Hausbetreuerinnengesetz, aber es wurde oft abgeändert. Es sieht nun aber so aus als ob es alle selbständig machen würden, es nimmt derartig prekäre Formen an.

24h-Betreuung hilft nicht, Geld zu sparen, im Gegenteil - oft muss zusätzlich noch eine Pflegerin bezahlt werden, das können sich nur reichere Leute leisten und viele unterschätzen die Kosten hier auch.

Die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte sollten auch berücksichtigt werden. Das Bild dieser Personen als inkompetent sollte nicht zugelassen werden. Frage: wie könnte man auch diese Personen unterstützen?

Problem Dumping: wie schützt man diese Bereich davor? Ausbildung mit Engagement zu ersetzen kann auch keine Lösung sein, weil Pflege eine



professionelle Arbeit ist. Die Unterscheidung zwischen Aufgaben und Qualifikationen von Pflege und Betreuung ist hier wichtig.

Die Menschen sind hochkompetent in der Betreuung, dürfen aber Pflegehandlungen eigentlich per Gesetz nicht tun, und müssten eine Fachpflegekraft rufen. Sie haben auch keine Pflegeausbildung, weil sie nicht pflegen dürfen – sie sind wirklich nur eine 24h Betreuung.

Die Pflegerinnen gab es auch vor der Legalisierung. In der Praxis wurde das gemacht, dann wurde ein Gesetz erlassen in dem viel reguliert wird. Es geht auch um die Pflegehelferinnen: Wie geht es den Personen, die vor Ort die Pflege machen? Sie sind oft illegalisiert, ohne Rechte, ohne Interessensgemeinschaft.

Nachfrage bestimmt das Angebot! Der Schwarzmarkt hat Angebot erzeugt. Momentan ist es eine wischi-wasche-Geschichte, es gibt teilweise Gesetze. Es gibt einen großen Unterschied zwischen Praxis und Theorie, was die Gesetze und Regelungen zu Pflege betrifft. Betreuerinnen aus dem Ausland haben oft auch kein längerfristiges Interesse, sondern sehen die Tätigkeit als Pflegerin als kurzfristige karrieretechnische Aufgabe.

In allen öffentlichen Institutionen: Tätigkeiten der Heimhelferinnen, PflegehelferInnen, etc. sind genau festgeschrieben, aber sie machen mehr, das ist leider die Praxis.



## Teil B Lehrveranstaltung: Arbeitswelt im Wandel

Im Rahmen der WU Lehrveranstaltung „Arbeitswelten im Wandel: Österreich im Kontext von Europa“ wurden folgende drei Schwerpunkte gesetzt:

1. Wünsche, Einstellungen von Eltern, Personen ohne Kinder in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Geht der Trend Richtung Modernisierung und Egalisierung? In welcher Hinsicht bleiben traditionelle Werte und Normen aufrecht? Welche Konsequenzen sind damit verbunden?
2. Welche Bedingungen finden Erwerbstätige in der neuen Arbeitswelt vor? Wie wirken sich die veränderten Ansprüche auf unterschiedliche engerie- und zeitbezogene Konflikte aus?
  - 2.1. Kreative Flipcharts und Kleingruppendiskussionen der Studierenden zu: Worin unterscheidet sich die Work-Life Balance von Personen, die niedrig qualifizierte Tätigkeiten ausüben (z.B. im Einzelhandel oder in Pflegebereich) von der hochqualifizierten Wissensarbeit
  - 2.2. Wie würde eine gelungene Work-Life Balance aus Sicht der Studierenden aussehen? Was müsste sich ändern, um dies zu erreichen.
  - 2.3. Resümierend: Was sind die Chancen und Risiken aktueller Arbeitsbedingungen?

### Didaktik:

- Lesen und Vorbereitung von Texten
- Halten von Referaten
- Gruppenarbeit und Plenumsdiskussion
- Erstellen von Flipcharts in der Kleingruppe (zu Fragen der LVleiterin)
- Kreative Zeichnungen zu Work-Life Balance

Teilnehmende: Studierende der (Internationalen) Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsinformatik.